



## SDG-Bilanz in Zeiten von Corona

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2021

von Jens Martens

Vom 6. bis 15. Juli 2021 fand die diesjährige Tagung des Hochrangigen Politischen Forums (High-Level Political Forum, HLPF) der Vereinten Nationen (UN) statt. Das HLPF ist das zentrale UN-Gremium für nachhaltige Entwicklung und soll hauptsächlich die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) überwachen.

Infolge der Corona-Pandemie fand das Forum vorwiegend virtuell statt und stand auch thematisch ganz im Zeichen der Krise. Das Motto lautete „nachhaltige und resiliente Erholung von der COVID-19-Pandemie.“ Mit ihm versuchten die Vereinten Nationen eine Brücke zwischen den politischen Bemühungen um die Bewältigung der Coronakrise und der Aktionsdekade zur Verwirklichung der SDGs zu schlagen. Ganz in diesem Sinne bezeichnete die Bundesregierung die Agenda 2030 als „Kompass beim Weg aus der COVID-19-Pandemie.“<sup>1</sup>

Deutschland war eines von 42 Ländern, die beim HLPF 2021 nationale Umsetzungsberichte (die sogenannten *Voluntary National Reviews*, *VNRs*) präsentierten. Daneben stellten einige zivilgesellschaftliche Gruppen am Rande der Tagung ihre Schattenberichte vor, und auch Städte und Regionen nutzten das HLPF als virtuelle Bühne zur Präsentation von Nachhaltigkeitsberichten, zum Teil unter der Bezeichnung *Voluntary Local Reviews*.

Offizielles Ergebnis des HLPF war eine Ministererklärung, der nicht nur zivilgesellschaftliche Gruppen, sondern auch manche Regierungen einen „Mangel an Ambition“ attestierten. Diplomaten werteten es hingegen bereits als Erfolg, dass, anders als im Vorjahr, überhaupt eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden konnte.

Der globale Politikbetrieb ist weiterhin erheblich von der COVID-19-Pandemie und ihren sozio-ökonomischen Folgen geprägt. Auch die diesjährige Tagung des HLPF blieb davon nicht unberührt. Das gilt sowohl für das Format der Tagung als auch für die inhaltlichen Diskussionen.

Wie alle UN-Veranstaltungen fanden sowohl das Forum selbst als auch seine über 200 Neben- und Sonderveranstaltungen weitgehend virtuell statt. Die neuen Formen der „Online-Diplomatie“ erschwerten nicht nur die offiziellen Verhandlungen, sondern machten auch einen ernsthaften Dialog zwischen Regierungen und nichtstaatlichen

Akteuren und informelle Gespräche „in den Korridoren“ praktisch unmöglich. Trotz der erschwerten Bedingungen hielten die Vereinten Nationen am Programm des achttägigen Treffens mit einer Serie von Panelveranstaltungen, Länderberichten und einem dreitägigen Ministersegment weitgehend fest (zur Funktionsweise des HLPF s. Kasten).

Auch thematisch stand die Tagung ganz im Zeichen der Coronakrise. Bereits mit dem offiziellen Titel der Tagung versuchten die Vereinten Nationen, etwas diplomatisch verklausuliert, die Pandemie und den Umsetzungsprozess der Agenda 2030 unter einen Hut zu bringen:

<sup>1</sup> <https://www.bmz.de/de/aktuelles/nachhaltiger-klimafreundlicher-wiederaufbau-nach-corona-pandemie-86844>

*Sustainable and resilient recovery from the COVID-19 pandemic that promotes the economic, social and environmental dimensions of sustainable development: building an inclusive and effective path for the achievement of the 2030 Agenda in the context of the decade of action and delivery for sustainable development.*

Im besonderen Fokus des HLPF standen 2021 folgende neun SDGs:



**Ziel 1**  
Armut beenden



**Ziel 2**  
Ernährung sichern



**Ziel 3**  
Gesundes Leben für alle



**Ziel 8** Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit



**Ziel 10**  
Ungleichheit verringern



**Ziel 12**  
Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen



**Ziel 13** Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen



**Ziel 16**  
Friedliche und inklusive Gesellschaften



**Ziel 17** Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft stärken

## Wie funktioniert das HLPF?

Das HLPF ist ein zwischenstaatliches Forum, an dem alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen teilnehmen können. Zusätzlich haben Vertreter\*innen gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen (im UN-Jargon die *Major Groups and other Stakeholders, MGoS*) verbrieftete Beteiligungsmöglichkeiten.

Format und Arbeitsweise des HLPF wurden von den Regierungen im Juli 2013 beschlossen.<sup>2</sup> Die Eröffnungssitzung des Forums fand am 24. September 2013 in New York statt.<sup>3</sup> Seit 2014 tagt das HLPF jährlich für acht Tage unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC), davon drei Tage auf Ministerienebene.<sup>4</sup> Die Treffen finden im Rahmen der regulären Arbeitstagung des ECOSOC jeweils im Juli eines Jahres statt. Zusätzlich tritt das HLPF alle vier Jahre für zwei Tage auf Ebene von Staats- und Regierungschefs unter der Schirmherrschaft der UN-Generalversammlung zusammen. Das erste Gipfeltreffen dieser Art fand im September 2019 statt,<sup>5</sup> das nächste folgt im September 2023.

Das offizielle Ergebnis der Tagungen des HLPF ist normalerweise eine Ministererklärung, die der UN-Generalversammlung übermittelt wird.<sup>6</sup> Über eigene Entscheidungsbefugnisse verfügt das Forum nicht. Es dient in erster Linie dem Erfahrungsaustausch und der Bestandsaufnahme von Fort- oder Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs.

Die Verwirklichung all dieser Ziele ist durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in weite Ferne gerückt. Die Diskussionen drehten sich daher vor allem um die Frage, wie der Umsetzungsprozess wieder „back on track“ gebracht werden könne.

Zu spät kam diese Frage für die 21 der 169 SDG-Unterziele, die bereits bis zum Jahr 2020 hätten er-

reicht werden sollen.<sup>7</sup> Tatsächlich gelang dies nur bei drei von ihnen, nämlich den Zielen 8.b (Entwicklung und Operationalisierung einer globalen Strategie für Jugendbeschäftigung), 9.c (Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie verbessern) und 14.5 (mindestens 10 Prozent der Küsten- und Meeresgebiete unter Schutz stellen).<sup>8</sup> Rückschritte gab es dagegen vor allem bei den

<sup>2</sup> Vgl. UN Dok. A/RES/67/290.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Zusammenfassung des Präsidenten der UN-Generalversammlung in UN Dok. A/68/588.

<sup>4</sup> Deutschland war bisher lediglich durch Staatssekretär\*innen des BMU und BMZ vertreten. 2021 waren dies die Parlamentarischen Staatssekretärinnen Rita Schwarzelühr-Sutter (BMU) und Maria Flachsbarth (BMZ).

<sup>5</sup> <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs Summit>

<sup>6</sup> Vgl. die Erklärungen 2014 (UN Dok. E/2014/L.22 - E/HLPF/2014/L.3), 2015 (UN Dok. E/2015/L.19 - E/HLPF/2015/L.2), 2016 (UN Dok. E/HLS/2016/1), 2017 (UN Dok. E/HLS/2017/1), und 2018 (UN Dok. E/HLS/2018/1). 2019 gab es anstelle der Ministererklärung eine Politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum Abschluss des SDG-Gipfels (UN Dok. A/RES/74/4). 2020 konnten sich die Regierungen nicht auf eine gemeinsame Erklärung einigen.

<sup>7</sup> Die Zielvorgaben 2.5., 3.6., 4.b, 6.6., 8.6., 8.b, 9.c, 11.b, 12.4., 13.a, 14.2., 14.4., 14.5., 14.6., 15.1., 15.2., 15.5., 15.8., 15.9., 17.11., 17.18.

<sup>8</sup> [https://sdgs.un.org/sites/default/files/2021-07/2020%20targets\\_update.pdf](https://sdgs.un.org/sites/default/files/2021-07/2020%20targets_update.pdf)

Unterzielen von SDG 15, die aus den Aichi-Zielen der UN-Konvention über biologische Vielfalt abgeleitet worden waren. Über ihre Zukunft wird außerhalb des HLPF bei der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention entschieden (11.–24.10.2021 in Kunming, China).<sup>9</sup>

### SDG-Berichte der UN zeichnen düsteres Bild

„Die aktuelle Krise bedroht jahrzehntelange Entwicklungserfolge, verzögert den dringenden Übergang zu einer grüneren, inklusiveren Wirtschaft weiter und wirft die Fortschritte bei den SDGs noch mehr aus der Bahn.“<sup>10</sup> Mit diesen Worten leitete UN-Generalsekretär António Guterres den SDG-Bericht 2021 der UN ein. Er bildete zusammen mit dem jährlichen SDG-Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs einen wesentlichen Input für die Diskussionen beim HLPF.

Die Berichte beschreiben die weltweiten Trends bei allen 17 SDGs. So ist die Zahl der Menschen in extremer Armut allein 2020 um etwa 120 Millionen gestiegen, die Zahl der Hungernden sogar um 161 Millionen. 255 Millionen Vollzeitjobs gingen 2020 weltweit infolge der Coronakrise verloren. Das waren viermal so viele wie bei der letzten Weltwirtschaftskrise 2007–2009. Noch schwerer traf es die Beschäftigten im informellen Sektor: Etwa 75 Prozent (1,6 Milliarden Menschen) waren von den Lockdown-Maßnahmen infolge der Pandemie betroffen.

Der SDG-Report der UN konstatiert zwar, dass die COVID-19-Pandemie zu einem vorübergehenden Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen führte. Bis zum Jahresende waren die Effekte aber wieder verpufft und im Dezember 2020 waren die Emissionen um 2 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Bericht warnt:

*„Während sich die Welt von der Pandemie erholt, werden die Emissionen weiter ansteigen, wenn nicht entscheidende Schritte unternommen werden, um die Volkswirtschaften auf Kohlenstoffneutralität umzustellen.“<sup>11</sup>*

Aus Sicht des UN-Generalsekretärs gibt es aber auch einige Zeichen der Hoffnung:

*„Die COVID-19-Krise zeigte die inspirierende Widerstandsfähigkeit der Gemeinden, machte die Herkulesarbeit von unverzichtbaren Arbeitskräften in unzähligen Bereichen sichtbar und ermöglichte die rasche Ausweitung sozialer Sicherung, die Beschleunigung der digitalen Transformation und eine beispiellose weltweite Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Impfstoffen.“<sup>12</sup>*

### Freiwillige Staatenberichte zwischen Katastrophenszenarien und Selbstdarstellung

Wie massiv die Länder von der Coronakrise betroffen sind, machten auch die freiwilligen nationalen Berichte (*Voluntary National Reviews, VNRs*) deutlich, die beim HLPF präsentiert wurden. Um zu überprüfen, welche Fortschritte die einzelnen Länder bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele gemacht haben, sind die Regierungen seit 2016 angehalten, dem HLPF auf freiwilliger Basis Umsetzungsberichte vorzulegen. Zwischen 2016 und 2021 haben bereits 176 Länder insgesamt 247 VNRs präsentiert, einige von ihnen bereits zweimal oder sogar dreimal (u. a. Ägypten, Aserbaidschan, Guatemala, Indonesien, Kolumbien, Mexiko, Niger, Katar, Sierra Leone und Uruguay).<sup>13</sup> In diesem Jahr legten 42 Länder ihre Berichte vor, darunter auch Deutschland (s. Kasten).

#### 42 Länder, die dem HLPF 2021 nationale Berichte vorgelegt haben<sup>14</sup>

Ägypten, Afghanistan, Angola, Antigua und Barbuda, Aserbaidschan, Bahamas, Bhutan, Bolivien, China, Dänemark, Demokratische Volksrepublik Nordkorea, Deutschland, Dominikanische Republik, Guatemala, Indonesien, Irak, Japan, Kap Verde, Katar, Kolumbien, Kuba, Laos, Madagaskar, Malaysia, Marshall Island, Mexiko, Namibia, Nicaragua, Niger, Norwegen, Paraguay, San Marino, Sierra Leone, Simbabwe, Spanien, Schweden, Thailand, Tschad, Tschechische Republik, Tunesien, Uruguay, Zypern

Die Berichte unterscheiden sich erheblich in Umfang und Detailliertheit, Qualität und thematischer Breite, sowie dem Grad der gesellschaftlichen Beteiligung bei ihrer Erstellung.

<sup>9</sup> <https://www.cbd.int/article/new-dates-cop15-october-2021>

<sup>10</sup> United Nations (2021), S. 2 (Übersetzung hier und im Folgenden JM).

<sup>11</sup> Ebd., S. 52.

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> S. dazu die VNR-Datenbank der UN: <https://sustainabledevelopment.un.org/vnrs/>

<sup>14</sup> Die Berichte sind im Internet zugänglich unter <https://sustainabledevelopment.un.org/vnrs/>

Die meisten Berichte gingen 2021 auf die verheerenden ökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ein, wie den Anstieg der Arbeitslosigkeit, wachsende Staatsverschuldung, Rückgang des Tourismus und wirtschaftliche Rezession. Einige betonten auch die sozialen Auswirkungen der Krise, sowohl im Bereich der Gesundheitsversorgung und Bildung als auch bei der Geschlechtergerechtigkeit.

Auch wenn die Regierungen in ihren VNRs die Schwierigkeiten und Herausforderungen bei der SDG-Umsetzung nun stärker thematisieren als in der Vergangenheit, bleiben die Berichte doch in erster Linie Selbstdarstellungen der Regierungen. Selbstkritik und das Eingeständnis von Schwächen und eigenen Handlungsdefiziten findet man in ihnen kaum.

Immerhin bieten einige Regierungen in ihren Berichten auch zivilgesellschaftlichen Positionen einen Raum. Bemerkenswert ist der VNR Dänemarks, weil er bei der Bewertung der Umsetzungsfortschritte für jedes der 17 SDGs die Position der Regierung und der zivilgesellschaftlichen Organisationen gleichberechtigt (auf jeweils einer Seite pro Ziel) nebeneinander stellt.<sup>15</sup> Die unterschiedlichen Einschätzungen werden auf diese Weise transparent präsentiert. Ähnlich hatte es im Jahr zuvor bereits Finnland vorgemacht.<sup>16</sup> Die Bundesregierung hat sich bei ihrem VNR an diesen guten Beispielen nur ansatzweise orientiert.

### Deutschlands VNR 2021

Die Bundesregierung hat beim HLPF zum zweiten Mal nach 2016 einen freiwilligen Staatenbericht über ihre Umsetzung der Agenda 2030 vorgelegt.<sup>17</sup> Sie betont darin, dass die COVID-19-Pandemie und ihre weltweiten Auswirkungen die Dringlichkeit der sozialen und ökologischen Transformation stark erhöht hätten. Die Agenda 2030 und ihre SDGs sowie das Pariser Klimaabkommen sollten als Leitrahmen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene dienen, um Politiken und Programme als Reaktion auf die Pandemie neu auszurichten.

Der deutsche VNR identifiziert folgende sechs Transformationsbereiche, die jeweils mehrere Ziele

der Agenda 2030 adressieren und deren Wechselwirkung betonen:

1. **Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit** (verknüpft die SDGs 1, 3, 4, 5, 8, 9 und 10)
2. **Energiewende und Klimaschutz** (SDGs 7 und 13)
3. **Kreislaufwirtschaft** (SDGs 8, 9 und 12)
4. **Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende** (SDGs 7, 8, 9, 11, 12 und 13)
5. **Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme** (SDGs 2, 3, 12 und 15)
6. **Schadstofffreie Umwelt** (SDGs 3, 6, 8, 11, 13, 14 und 15)

Der Bericht orientiert sich damit stark an der weiterentwickelten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die im März 2021 vom Kabinett verabschiedet worden war.<sup>18</sup>

Der deutsche VNR wurde am letzten Tag des HLPF mit einer Videobotschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Stellungnahmen der Parlamentarischen Staatssekretärinnen Rita Schwarzelühr-Sutter (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, BMU) und Maria Flachsbarth (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ) präsentiert. Schwarzelühr-Sutter stellte dabei unter anderem fest:

*„Die extremen Hitzewellen in vielen Teilen der Welt und die derzeitigen Hochwasser in Westeuropa führen uns gerade dramatisch vor Augen, dass unser bisheriges Handeln bei weitem nicht ausreicht, um einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen. Die planetaren Belastungsgrenzen sind erreicht und teilweise überschritten. Der Freiraum für gutes Leben und der Erfolg der nächsten Generationen müssen jetzt gesichert werden. Daher haben wir unser deutsches Klimaziel kräftig nachgeschärft: Klimaneutralität wollen wir bereits bis 2045 erreichen.“<sup>19</sup>*

15 [https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/279532021\\_VNR\\_Report\\_Denmark.pdf](https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/279532021_VNR_Report_Denmark.pdf)

16 [https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/26265VNR\\_Report\\_Finland\\_2020.pdf](https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/26265VNR_Report_Finland_2020.pdf)

17 Vgl. Bundesregierung (2021) und <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=30022&nr=2438&menu=3170>

18 <https://156911.seu2.cleverreach.com/c/56426056/874607f081c1-qpr2z9>

19 <https://www.bmz.de/de/aktuelles/nachhaltiger-klimafreundlicher-wiederaufbau-nach-corona-pandemie-86844>

Zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Gewerkschaften gingen diese Ankündigungen nicht weit genug. Im Namen von DGB, VENRO, dem Forum Umwelt und Entwicklung sowie den deutschen UN-Jugenddelegierten forderte die stellvertretende VENRO-Vorsitzende Luise Steinwachs von der Bundesregierung vor allem ambitionierteres Handeln bei der Bekämpfung von Ungleichheiten, der Förderung menschenwürdiger Arbeit und der Bekämpfung von Klima- und Biodiversitätskrise.<sup>20</sup> Ihre zweiminütige Stellungnahme bildete den Abschluss der offiziellen Präsentation des deutschen VNRs.

Auch im Bericht selbst kommen zivilgesellschaftliche Positionen vor allem am Schluss zu Wort. Im Anhang des VNRs finden sich kurze Positionspapiere von DGB, Forum Umwelt und Entwicklung, VENRO, und den Jugenddelegierten für nachhaltige Entwicklung sowie vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Außerdem enthält der VNR auch einen gesonderten Beitrag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände. Er basiert auf einem Bericht zur SDG-Umsetzung in deutschen Städten und Gemeinden, der im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vom Deutschen Institut für Urbanistik angefertigt wurde.<sup>21</sup>

### Wachsende Bedeutung der Städte und Regionen beim HLPF

Städte, Regionen und ihre internationalen Zusammenschlüsse wie ICLEI – Local Governments for Sustainability und United Cities and Local Governments (UCLG) spielen beim HLPF eine wachsende Rolle. Mit weiteren Netzwerken und kommunalen Bündnissen arbeiten sie im SDG-Kontext in der Global Taskforce of Local and Regional Governments zusammen.<sup>22</sup> Der fünfte Bericht der Global Taskforce, der im Rahmen des HLPF 2021 präsentiert wurde, beschreibt die zunehmenden Bemühungen der „Lokalisierung der SDGs“ in allen Regionen der Welt.<sup>23</sup> Er weist darauf hin, dass es mittlerweile über 100 *Voluntary Local Reviews (VLRs)* von Städten und Regionen gibt, die zum Teil beim HLPF vorgestellt wurden. Dazu zählen Bundes-

staaten und Regionalregierungen (z. B. Hawaii in den USA, Yucatán in Mexiko und Schottland in Großbritannien), Millionenstädte (wie Barcelona, Buenos Aires, Guangzhou, New York City und Moskau), aber auch kleine und mittelgroße Städte (wie Uppsala in Schweden, Chimbote in Peru, Kelowna in Kanada, Turku in Finnland und Victoria Falls in Simbabwe).<sup>24</sup> Aus Deutschland haben bisher Mannheim<sup>25</sup>, Stuttgart<sup>26</sup> und Bonn<sup>27</sup> VLRs angefertigt.

Die Regierungen haben beim HLPF wiederholt die Bedeutung der Städte und Gemeinden für die Umsetzung der SDGs unterstrichen und in der Ministererklärung dazu festgestellt:

*„We commit to involving and empowering local authorities to ensure local ownership of the Sustainable Development Goals, in particular by citizens, community and local organizations, and to shape and translate national development priorities into local realities and, in this regard, note voluntary local reviews as a useful tool to show progress and foster exchange in local implementation of the 2030 Agenda and the Sustainable Development Goals.“<sup>28</sup>*

In Zukunft soll das HLPF den lokalen Akteuren noch mehr Aufmerksamkeit widmen. In ihrer Resolution zum *HLPF Review* (s.u.) hat die UN-Generalversammlung festgestellt:

*„In recognition of efforts by local authorities to conduct local reviews, the high-level political forum should continue to strengthen the attention given to efforts to bolster local action to accelerate implementation of the Sustainable Development Goals, in accordance with national circumstances, policies and priorities, and the regional forums are encouraged to discuss trends and findings from voluntary local reviews.“<sup>29</sup>*

### Das offizielle Ergebnis des HLPF: Die Ministererklärung

Nachdem sich die Regierungen im vergangenen Jahr nicht auf die Verabschiedung einer Ministererklärung einigen konnten, werten es einige be-

20 [https://venro.org/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Bilder/Diverse/Statement\\_VENRO\\_Jugend\\_Forum\\_DGB\\_2021\\_final.pdf](https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Bilder/Diverse/Statement_VENRO_Jugend_Forum_DGB_2021_final.pdf)

21 <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/state-of-the-sdg-implementation-in-german-municipalities-all>

22 [www.global-taskforce.org](http://www.global-taskforce.org)

23 Global Taskforce of Local and Regional Governments (2021).

24 Eine Auswahl von VLRs findet man hier: <https://www.local2030.org/vlrs> und hier: <https://sdgs.un.org/topics/voluntary-local-reviews>

25 <https://www.local2030.org/pdf/vlr/mannheim-vlr-2020.pdf>

26 <https://sdgs.un.org/sites/default/files/2020-10/2020%20VLR%20Stuttgart%20eng.pdf>

27 <https://www.bonn.de/microsite/en/Voluntary-Local-Review-Bericht-englisch.pdf>

28 UN Dok. E/2021/L.26, Pkt. 38 (<https://undocs.org/en/E/2021/L.26>).

29 UN Dok. A/RES/75/290 B, Pkt. 30.

reits als Erfolg, dass es diesmal gelang. Während es in den vergangenen Jahren vor allem die USA waren, die die Verhandlungen blockierten, übernahm in diesem Jahr offenbar Russland die Rolle des „bad guys“ und versuchte Textpassagen, die sich mit Klimaschutz, Biodiversität, Geschlechtergerechtigkeit und der Beteiligung von Kindern im SDG-Prozess befassen, zu verhindern. Am Ende konnte sich Russland bei der Abstimmung ebenso wenig durchsetzen wie Israel mit seinem üblichen Versuch, einen Absatz zum Selbstbestimmungsrecht der Völker unter ausländischer Besatzung streichen zu lassen.

Ergebnis des langen Aushandlungsprozesses, der bereits Monate vor der eigentlichen HLPF-Tagung begann, ist nun eine 18-seitige Erklärung, in der die Regierungen wortreich die Rückschritte bei der Verwirklichung der SDGs beklagen und sich weiterhin zur Agenda 2030 bekennen. Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie unterstützen sie u.a. den Access to COVID-19 Tools Accelerator (ACT-A) und seine COVAX-Facility. Sie soll der Finanzierung von Corona-Impfstoffen für die ärmeren Länder dienen. Außerdem ermutigen sie die Länder, COVAX und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) aktiv zu unterstützen und fordern die rasche Aufstockung und Ausweitung der weltweiten Impfstoffproduktion.

Das grundsätzliche Dilemma des HLPF ist allerdings, dass in seinem Rahmen keine tatsächlichen Entscheidungen gefällt oder neue politische Initiativen gestartet werden können. So bleibt die Ministererklärung überwiegend auf derartige Appelle beschränkt, die die Regierungen faktisch an sich selbst richten. Ihre politische Durchschlagskraft bleibt entsprechend begrenzt.

Die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich im HLPF-Kontext unter dem Dach des *Major Groups and other Stakeholders Coordination Mechanism* abstimmen, sprechen in ihrer Stellungnahme zur Ministererklärung 2021 von einem völligen Versagen der Regierungen und stellen fest:

*„We are deeply saddened by the lack of ambition to respond to the crises that the world is currently facing. Reaffirming old commitments (which were patently insufficient before the pandemic) is not an adequate*

*response to the pandemic. We are extremely concerned with the consistent refusal to address the root causes and systemic barriers to achieve a world where no one is left behind.“<sup>30</sup>*

Was angesichts der Coronakrise eigentlich nötig wäre, haben zivilgesellschaftliche Gruppen aus aller Welt in einem Aufruf für einen *Great Recovery Plan* skizziert, den sie vor allem an die Staats- und Regierungschefs der G20 richten (<https://greatrecovery.net/>). Darin fordern sie u.a. einen globalen Impffahrplan, der sicherstellt, dass bis Ende 2021 60 Prozent der Weltbevölkerung und bis Ende 2022 alle Menschen weltweit einen Corona-Impfstoff erhalten; den sofortigen Ausstieg aus der Finanzierung fossiler Brennstoffe und insbesondere der Kohle; sowie zusätzliche internationale Finanzmittel, unter anderem durch Schuldenstreichungen und neue Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds.

Anlässe zur Präsentation dieses Aufrufs sind die High Level Week der UN-Generalversammlung in New York (21.–24. September 2021) und der G20-Gipfel in Rom (30.–31. Oktober 2021).

### Nächste Schritte

Das HLPF 2021 hat einmal mehr die gegenwärtigen Grenzen globaler Nachhaltigkeitspolitik aufgezeigt. Auf der einen Seite haben die vielfältigen Beiträge und mehr als 200 Side Events und Sonderveranstaltungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure den Stellenwert der Agenda 2030 und der SDGs als politischen Referenzrahmen unterstrichen. Auf der anderen Seite hat das schwache offizielle Ergebnis gezeigt, dass angesichts der gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnisse und Interessendivergenzen keine zukunftsweisenden Beschlüsse über die Agenda 2030 hinaus zu erwarten sind.

Daran hat auch der *HLPF Review* nichts geändert, der in den vergangenen zwei Jahren von der UN-Generalversammlung durchgeführt wurde, um Format und Arbeitsweise des HLPF zu überprüfen (und ggf. zu reformieren).<sup>31</sup> Er endete am 25. Juni 2021 mit einer Resolution der UN-Generalversammlung, die weitgehend den bisherigen Status quo bestätigt.<sup>32</sup> Damit wird das höchste Nachhaltigkeitsgremium der UN auch weiterhin

<sup>30</sup> MGoS Coordination Mechanism (2021): MGoS CM Statement on the 2021 Ministerial Declaration.

<sup>31</sup> Informationen zu diesem Prozess findet man hier: <https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf>. Vgl. dazu auch Marianne Beisheim und Felicitas Fritzsche (2021): ECOSOC und HLPF Review 2021: Bau- und Andockstellen für einen vernetzten Multilateralismus. In: Global Policy Forum (2021): Baustellen des Multilateralismus. Bonn ([https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Auszug\\_Beisheim\\_Fritzsche.pdf](https://www.globalpolicy.org/sites/default/files/Auszug_Beisheim_Fritzsche.pdf)).

<sup>32</sup> UN Dok. A/RES/75/290 B (<https://undocs.org/en/A/RES/75/290%20B>)

keine politischen Entscheidungsbefugnisse haben und nur acht Tage im Jahr tagen (zum Vergleich: der Sicherheitsrat tagt rund 200 Tage, der Menschenrechtsrat rund 50 Tage pro Jahr).

Nicht überraschend kam die Entscheidung, dass auch die HLPFs der kommenden zwei Jahre ganz im Zeichen von Corona stehen werden. Ihre Themen lauten:

**2022:** Building back better from the coronavirus disease (COVID-19) while advancing the full implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development.

**2023:** Accelerating the recovery from the coronavirus disease (COVID-19) and the full implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development at all levels.

Dabei steht die Überprüfung folgender SDGs auf der Agenda:

**2022:** SDGs 4, 5, 14, 15 und 17.

**2023:** SDGs 6, 7, 9, 11 und 17.

Im März 2023 soll dann die Vorabfassung des nächsten Global Sustainable Development Reports (GSDR) erscheinen, der eine wesentliche Grund-

lage für den nächsten SDG-Gipfel bilden soll (voraussichtliches Datum: 18.–19. September 2023). Verfasst wird der GSDR von einer interdisziplinären Gruppe von Wissenschaftler\*innen unter Ko-Vorsitz von Imme Scholz, die Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE).<sup>33</sup>

Dass angesichts der globalen Krisen erheblicher Handlungsbedarf besteht, der weit über die mutlosen Beschlüsse der Regierungen beim HLPF und beim *HLPF Review* hinausgeht, hat der scheidende ECOSOC-Präsident, der Ständige Vertreter Pakistans bei den Vereinten Nationen Munir Akram, in seiner Abschlussrede am 16. Juli 2021 angedeutet:

*„The triple crisis, we confront require a paradigm shift in our approach to global development, climate change, and economic cooperation. It is time I believe to convene another Summit Conference to agree on the structure and content of new, more dynamic and equitable structure of international economic cooperation.“<sup>34</sup>*

*Jens Martens ist Geschäftsführer des Global Policy Forums*

<sup>33</sup> Vgl. <https://sdgs.un.org/gsdr/gsdr2023>

<sup>34</sup> [https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/29652Closing\\_Remarks\\_HE\\_Mr\\_Munir\\_Akram\\_July\\_16.pdf](https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/29652Closing_Remarks_HE_Mr_Munir_Akram_July_16.pdf)

## Weitere Informationen

**Bundesregierung (2021):** Bericht über die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Freiwilliger Staatenbericht Deutschlands zum HLPF 2021. Berlin.  
<https://www.bmz.de/resource/blob/86824/6631843da2eb297d849b03d883140fb7/staatenbericht-deutschlands-zum-hlpf-2021.PDF>

**Global Taskforce of Local and Regional Governments (2021):** Towards the Localization of the SDGs. Sustainable and Resilient Recovery Driven by Cities and Territories. Barcelona.  
[https://www.global-taskforce.org/sites/default/files/2021-07/5th%20report\\_gtf\\_hlpf\\_2021.pdf](https://www.global-taskforce.org/sites/default/files/2021-07/5th%20report_gtf_hlpf_2021.pdf)

**United Nations (2021):** The Sustainable Development Goals Report 2021. New York.  
<https://unstats.un.org/sdgs/report/2021/>

**United Nations Secretary-General (2021):** Progress towards the Sustainable Development Goals. New York: UN ECOSOC (UN Dok. E/2021/58).  
[https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/28467E\\_2021\\_58\\_EN.pdf](https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/28467E_2021_58_EN.pdf)

### Webseiten

#### High-Level Political Forum

<https://sustainabledevelopment.un.org/hlpf/2021>

#### Reporting Services des International Institute for Sustainable Development (IISD) zum HLPF

<https://enb.iisd.org/sdgs/HLPF2021>

#### Webseite von Global Policy Forum und Forum Umwelt & Entwicklung zur Agenda 2030 (deutsch)

<https://www.2030agenda.de>

#### Global Policy Watch (englisch/spanisch)

<https://www.globalpolicywatch.org>

## Impressum

### SDG-Bilanz in Zeiten von Corona

Das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen 2021

#### Herausgeber:

Global Policy Forum Europe e.V.  
 Königstraße 37a, 53115 Bonn  
 Tel. 0228 96 50 510  
[europe@globalpolicy.org](mailto:europe@globalpolicy.org)  
[www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)  
 Kontakt: Jens Martens

#### Autor: Jens Martens

#### Redaktion: Karolin Seitz

**Gestaltung und Druck:** [www.kalinski.media](http://www.kalinski.media)

Bonn, August 2021

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „Weichenstellung 2020“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.